

Der gutmütige Provokateur

Markus Kägi (svp., bisher) zelebriert neuerdings eine Streitlust, die man von ihm nicht kannte

Baudirektor Markus Kägi steht im Ruf, ein Türöffner zu sein – aber konfliktstreu. Zuletzt hat er sich jedoch so stark exponiert, dass ihm fast schon Streitlust diagnostiziert werden muss.

Andreas Schürer

Den Ombudsmann wird er nicht mehr los. Markus Kägi tut viel dafür, um anzuecken, doch es bleibt nicht an ihm haften. Da versenkt der SVP-Baudirektor die Kulturlandinitiative, verkleinert im Richtplan das Siedlungsgebiet, geistelt die Energiewende: Er wird seinen Ruf nicht los, konfliktstreu zu sein, ein

ZÜRCHER WAHLEN 2015

Regierungswahl vom 12. April

Türöffner zwar, der vermitteln kann, wie einst der kantonale Ombudsmann Kägi von 1996 bis 2007, aber wenig durchsetzungsfähig. Freund und Feind aus dem Politbetrieb halten ihn für umgänglich, offen, humorvoll. Er könne zuhören, blase sich nicht auf, lasse Chefs arbeiten. Der grüne Kantonsrat Robert Brunner meint in Bezug auf Kägis menschliche Qualitäten: «Wenn man kein Reh im Wald ist, hat man von ihm nichts zu befürchten.»

Unbeholfen, aber zupackend

Kägi, 60, leidenschaftlicher Jäger aus Niederglatt, reformiert erzogen, kein Kirchgänger, «aber dem Herrgott im Wald am nächsten», ärgert sich über das Etikett «konfliktstreu». Er sei zwar lösungsorientiert, nicht der eruptive Typ, aber er könne auch streiten: «Ich bin nicht einfach der gutmütige (Tscholi).» Und so freut er sich, dass der Tonfall rauer geworden ist, wenn es um seine Politik geht. Als «infam» bezeichnet etwa SP-Kantonsrat Ruedi Lais, dass der Baudirektor den Auftrag des Kantonsrats missachte, den Energieplanungsbericht und damit die Planung des Atomausstiegs zu überarbeiten. Kägi hält dagegen, dass er eine realistische Energiepolitik anstrebe – er fokussiere auf die Reduktion des CO₂-Ausstosses. Den Strom künstlich zu verteuern, sei im heutigen Umfeld nicht zu verantworten, «es geht um Arbeitsplätze».

Über Kägis Lust an der Provokation im Energiedossier staunen selbst Parteifreunde, für die er sonst zu moderat politisiert. In einem Wahljahr den raschen Atomausstieg derart offensiv in Frage zu stellen, sei mutig, heisst es. Taktische Bedenken scheinen Kägi nicht zu kümmern: Regelmässig liefert er sich im Kantonsrat mit SP, GP und GLP Wortgefechte, rhetorisch oft etwas unbeholfen, aber durchaus zupackend. Für GLP-Kantonsrätin Barbara Schaffner ist er Einwürfen gegenüber zwar offen, aber viel zu zögerlich: Statt dass der Kanton Zürich im Rahmen der Energiestrategie 2050 des Bundes eine Pio-



Strebt eine dritte Legislatur in seinem «Wunschdepartement» an: Baudirektor Markus Kägi (svp.).

ANNICK RAMP / NZZ

nierrolle anstrebe, versuche sich Kägi mit grundsätzlichen Zweifeln an dem geplanten Umbau zu profilieren.

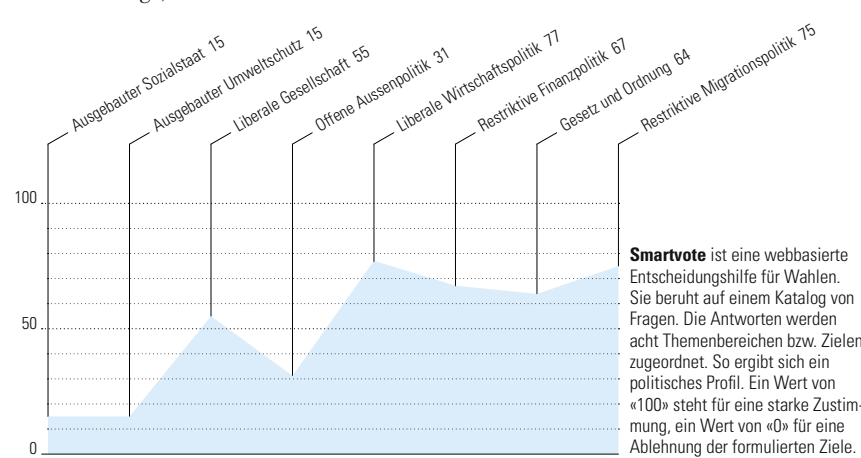
Auch in anderen Themen suchte Kägi die Konfrontation. Nach dem Volks-Ja zur Kulturlandinitiative der Grünen verfügte er kurzerhand einen Einzonungsstopp, der manche Gemeinden und Bauherren aufheulen liess. Dann legte die Regierung eine Umsetzungsvorlage vor, die sie selber zur Ablehnung empfahl – der Ärger der Grünen über Strippenzieher Kägi hallt nach. Nachdem der Kantonsrat auf die Vorlage gar nicht erst eingetreten ist, beschäftigt sich nun das Bundesgericht mit dem «abgekarteten Spiel», das es aus Sicht der Grünen ist.

Konfliktiv war auch die Trennung von dem umstrittenen Kantonsbaumeister Stefan Bitterli, auch wenn die genauen Umstände unklar sind. Manche Parlamentarier sagen, Kägi habe sich durchgesetzt und Führungsstärke bewiesen; andere kritisieren dagegen, er habe zu lange an Bitterli festgehalten.

Rüffel vom Kollegium

Innerhalb der Regierung scheint Kägis Rolle nicht besonders gefestigt. Kein Hehl macht er aus seinem Ärger darüber, wie ihn der Gesamtregierungsrat blossstellte, indem er den Gestaltungsplan für den Uto Kulm zerzauste und einen Rekurs guthiess. Kägis Ziel war, den Streit um Giusep Frys Wirken auf dem Üetliberg mit einem Kompromiss zu befrieden – für die Regierung war die Stossrichtung aber teilweise rechtswidrig, wie es in der ungewohnt scharfen Stellungnahme hiess. Auch im

Markus Kägi, SVP



QUELLE: SMARTVOTE/SOTOMO

NZZ-INFOGRAFIK/Inf.

Seilziehen einzelner Direktionen um das Immobilienmanagement und um das Polizei- und Justizzentrum (PJZ) entsteht nicht der Eindruck, dass Kägi zu den Alphetieren im Regierungsrat gehört.

Durchsetzungskraft hat der Baudirektor aber im Zusammenhang mit dem kantonalen Richtplan bewiesen, den er letztes Jahr im Kantonsrat durchbrachte. Für SP-Kantonsrat Lais bewies er Rückgrat: Den Druck von Gemeinden und von seiner eigenen Klientel, das Siedlungsgebiet nicht so stark einzuschränken, habe er abgewehrt. Für Kägi selber ist die erfolgreiche Festsetzung des Richtplans eine der wichtigsten Weichenstellungen der letzten Legislatur für die Zukunft. Die Kulturlandinitiative, in welcher der Schutz von Landwirtschaftsflächen gefordert wird,

sei durch die restriktive Raumplanung erfüllt, sagt Kägi.

Weitgehend blockiert ist er in der Verkehrspolitik. Diverse Projekte sind mit Einsprachen belegt, etwa «Uster West», der Autobahnzubringer Obfelden/Ottenbach oder die Umfahrung Eglisau. Dies sei ärgerlich angesichts der Tatsache, dass im Kanton Zürich jährlich rund 10 000 neue Autos immatrikuliert würden, sagt Kägi. Sein Ziel: «Ich möchte in einem Strassenprojekt noch einen Spatenstich erleben.»

Erste Voraussetzung dafür ist, dass er am 12. April wiedergewählt wird. Gefährdet wird Kägi wohl nicht sein. In den Wahlen 2007 und 2011 erreichte er zwar nur die Plätze 6 beziehungsweise 5. Dass er in der letzten Legislatur sowohl Gegner als auch Statur gewonnen hat, dürfte ihm aber nützen.

Kältestreik beendet

Arbeiter kehren zurück

Wegen der Kälte hat die Gewerkschaft Unia die Bauarbeiter animiert zu streiken. Nun wird aber wieder gearbeitet.

flu. · Auf den Baustellen für den neuen Hauptsitz der Swiss Re und das Areal Zollfreilager gehen die Arbeiten weiter. Sie seien am Montagvormittag wieder aufgenommen worden, sagte Roger Dätwyler, Leiter Ausführung des Inner-schweizer Bauunternehmens Anliker, am Montag auf Anfrage. Die Temperaturen hätten um die null Grad Celsius gelegen und sollten im Verlauf des Nachmittags noch ansteigen, was eine Fortsetzung der Bauarbeiten erlaubt habe. Bei der Swiss Re stehen zwar noch einzelne Bereiche still, allerdings bloss technisch bedingt.

Am vergangenen Donnerstag hatte die Gewerkschaft Unia dazu aufgerufen, die Arbeiten auf den Baustellen niederzulegen. Als Grund gab sie anhaltende Minustemperaturen, Schnee und Eis an. Nach einer Besichtigung habe man die Baustellen für gefährlich befunden, sagte der Unia-Sprecher Lorenz Keller damals (NZZ 6. 2. 15). Laut seinen Schätzungen liessen zwischen 175 und 200 Arbeiter den Job ruhen.

Gleichzeitig teilte Keller mit, die Unia werde allenfalls bei weiteren Baustellen eingreifen. Am Freitag habe man aber von niemandem gehört, der bei der Kälte gegen seinen Willen habe arbeiten müssen, sagte Keller gestern. Mehrere Firmen hatten den Betrieb auf ihren Baustellen zuvor schon ganz oder teilweise eingestellt. So hiess es am Montag bei der Medienstelle des Baukonzerns Implenia, das Vorhaben «The Metropolitans» in Oerlikon sei für vier Tage gestoppt worden. Denn bei Minustemperaturen könne die Qualität der Betonierungsarbeiten leiden. Die Situation werde in solchen Fällen täglich mit Bauherrschaft und Bauleitung beurteilt.

Beim Schweizerischen Baumeisterverband war das Vorgehen der Unia auf Unverständnis gestossen. Die Temperaturen seien kein Anlass gewesen, die Arbeit einzustellen.

Schönenberger FDP fordert Rücktritt

Zur jüngsten Stufe des Konflikts

wbt. · In einer Mitteilung nimmt die lokale FDP zur jüngsten Eskalation des Konflikts im Gemeinderat Schönenberg Stellung. Sie appelliert vor allem an den Bezirksrat Horgen, die Zügel nicht schleifen zu lassen, vertieft zu recherchieren und geeignete Massnahmen zu ergreifen, «bevor es zu spät ist». Die Situation im Gemeinderat müsse katastrophal sein, und die Fluktuation in der Verwaltung sei so gross, dass deren geordnetes Funktionieren infrage stehe.

Zur Erinnerung: Am vergangenen Donnerstag hatte dieser Bezirksrat die Ergebnisse einer aufsichtsrechtlichen Untersuchung zu Vorgängen in der Schönenberger Exekutive bekanntgegeben. Er kam zum Schluss, dass der parteilose Vizepräsident und Finanzchef Felix Meier Anführer einer Vierergruppe von Gemeinderäten sei, welche mit Machtkämpfen eine lösungsorientierte Arbeit in der Behörde blockierte.

Am Montag wurde Meiers Reaktion publik (NZZ 9. 2. 15): In einem als Stellungnahme des Gemeinderats bezeichneten Schreiben wies er die Vorwürfe vehement zurück. «Der Gemeinderat» akzeptiere die verfügbaren Massnahmen nicht; sie grenzten an Rufmord. Gemeindepäsident Lukas Matt (fdp.) distanzierte sich mit zwei anderen Gemeinderäten entschieden von diesem Vorgehen und dem Inhalt des Schreibens. Das Thema werde erst am Dienstag im Gemeinderat traktandiert. Für die FDP ist dieses angeblich im Namen des Gemeinderats verfasste Schreiben Grund genug, von Meier den «freiwilligen Rücktritt» aus dem Gremium zu erwarten.

Mehr Lotteriegelder für den Sport

Klare Zustimmung im Kantonsrat

sho. · Heute fliessen 21 Prozent des Ertrags der Interkantonalen Landeslotterie / Swisslos in den Sportfonds. Mit einer Motion hatte die CVP 2012 verlangt, diesen Anteil auf 30 Prozent zu erhöhen. Das hat der Kantonsrat am Montag mit 148 gegen 19 Stimmen klar beschlossen. Dagegen waren nur die Grünen. Sie wandten ein, Zürich entscheide orientierungslos, da zuerst das Bundesgesetz über Geldspiele abzuwarten sei. Die Mehrheit sah in der Anpassung eine gute Gelegenheit, den Ausbau der Sportstätten, den Vereinssport und die Sportförderung zu unterstützen. «Sportminister» Mario Fehr sprach von einem starken Zeichen für den Sport.

Volksinitiativen an Gemeindeversammlungen

Der Kantonsrat hat das totalrevidierte Gemeindegesetz zu Ende beraten

sho. · Am Montag hat das Parlament an der fünften Sitzung zum Thema die Debatte über das Gemeindegesetz abgeschlossen. Aufgrund eines Rückkommensantrags beseitigte es zuerst einen vergangenen Woche entstandenen Widerspruch zur beschlossenen Möglichkeit für Versammlungsgemeinden, eine Geschäftsprüfung vorzusehen. Weiter waren primär fünf Punkte umstritten: > Schulgemeinden, die das Gebiet von Parlamentsgemeinden ganz oder teilweise umfassen, müssen sich bis zum Ablauf der nächsten ordentlichen Amtsdauer auflösen. Ein Minderheitsantrag von SVP und FDP auf Streichung scheiterte mit 70 gegen 88 Stimmen. Damit wird die Bestimmung konkretisiert,

dass Parlamentsgemeinden Einheitsgemeinden sein müssen. Das ist in Bülach, Dübendorf, Uster, Wädenswil und Wetzikon heute nicht der Fall.

> Der Rat hält an der von den Kommissionen vorgesehene neuen Abschreibungspraxis fest. Ein von der SVP eingereicherter Streichungsantrag scheiterte mit 51 zu 117 Stimmen klar.

> Hauchdünn mit 84 gegen 83 Stimmen wurde der Minderheitsantrag von SVP und FDP abgelehnt, dass die Verordnung zum Gemeindegesetz dereinst dem Kantonsrat vorzulegen sei.

> Weiter hielt der Rat am Amtszwang für kommunale Amtsträger fest. FDP und der grössere Teil der SP-Fraktion wollten ihn als alten Zopf abschneiden.

Eine Mehrheit von 101 zu 66 Stimmen verspricht sich davon eine präventive Wirkung gegen vorzeitige Rücktritte.

> Zu reden gab die Frage, ob es in Versammlungsgemeinden neu möglich sein soll, Volksinitiativen einzureichen. Die FDP wollte dies streichen und scheiterte klar. Knapp mit 82 zu 84 Stimmen unterlag die SP mit dem Antrag, auf die vorläufige Unterstützung von Einzelinitiativen zu verzichten. Sie befürchtet, die Gemeindeversammlung werde entwertet, da nicht sofort ein Entscheid falle.

Die Schlussabstimmung findet im März nach der Redaktionslesung statt. Da laut einem Votum aus der SVP das Volk auch hier das letzte Wort hat, ist ein Referendum zu erwarten.